

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Pressesprecher**

**Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sozialpolitik

#### **Heike Franzen zu TOP 36:**

### **Das Angebot muss an den Mann und an die Frau gebracht werden**

Immer wieder hören und lesen wir erschreckende Pressemeldungen über misshandelte, vernachlässigte oder gequälte Kinder, wie dem aktuellen Fall in Bremen. Fassungslos stehen wir vor unglaublichen Taten von Vätern, Müttern oder anderen Familienangehörigen. Jede dieser Taten ist eine Tat zuviel.

Ich frage mich immer wieder, welche Notsituation in einer Familie herrschen muss, dass Kinder derartiges erleiden müssen.

Wir haben uns in den letzten Monaten zu Recht intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wie können wir den Kindern helfen und wie können wir vor allen Dingen den Familien frühzeitig helfen, damit Misshandlungen und Vernachlässigungen gar nicht erst vorkommen. Ebenso wollen wir gesundheitlichen Schäden und Entwicklungsstörungen von Kindern frühzeitig vorbeugen. Ist eine verbindliche Vorsorgeuntersuchung zwischen dem 21. und dem 24. Lebensmonat vielleicht die Lösung des Problems? Hat man damit die Möglichkeit, früher als bei der Einschulungsuntersuchung, alle Kinder zu untersuchen und eventuelle Anzeichen von gesundheitlichen Schädigungen, Entwicklungsverzögerungen und Misshandlungen oder Vernachlässigungen zu erkennen? Ist das überhaupt machbar und stehen auf der einen Seite der Aufwand der damit verbunden ist und die Effektivität und auf der anderen Seite der Eingriff in die Elternrechte in einem vernünftigen Verhältnis zu einander? Welche Maßnahmen werden bereits getroffen und was können wir verbessern?

Hier sind wir alle gemeinsam gefordert nach den besten Lösungen zu suchen und die müssen vielschichtig sein.

Insbesondere der Anhörung konnten wir entnehmen, dass Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen oder misshandeln oftmals Strategien entwickeln, damit dieses nicht auffällt. Der Arztbesuch wird beispielsweise so lange herausgezögert, bis der blaue Fleck weg ist. So ist auch die Effektivität der verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für 2-jährige von den Fachleuten angezweifelt worden.

Die Fraktionen von CDU und SPD wollten sich mit dem vorliegenden Bericht einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten verschaffen. Und ich glaube man kann zu Recht sagen, dass wir ein reichhaltiges Angebot an Bildungs- und Hilfsmaßnahmen vorweisen können. Vom flächendeckenden Wellcome-Service der Familienbildungsstätten, einem Hilfs- und Unterstützungsangebot für Familien mit Neugeborenen, über Konzepte von Elternschulen, die es in fast allen Kreisen und Städten in Schleswig-Holstein gibt bis hin zur beispielhaften Präventionsarbeit des deutschen Kinderschutzbundes durch sein Kurskonzept "starke Eltern - starke Kinder". Um nur einige Maßnahmen hier zu nennen. Dennoch gibt es noch viel zu tun.

Noch stärker als bisher müssen wir Familien erreichen, die in besonderer Weise auf Hilfen angewiesen sind. Der Kinder und Jugend Aktionsplan bietet in seinen Handlungsfeldern "Frühe Hilfen für Familien" und "Gesund aufwachsen" konkrete Maßnahmen wie „Optikids“ und „Schutzengel“ die bereits in der Modellphase in die Regelangebote integriert und weiter ausgeweitet werden sollen. Auch das "Bündnis für Familie" hat sich örtlich der Hilfe von Familien angenommen, so wird zum Beispiel im Kreis Schleswig-Flensburg den Müttern von Neugeborenen ein Checkheft überreicht mit zahlreichen Hilfsangeboten rund um das Baby.

Die Verbindlichkeit von Früherkennungsuntersuchungen sollte weiter gesteigert werden. Die Maßnahmen der Politik, der Kassen und der Kinder- und Jugendärzte haben in den letzten Jahren auf diesem Gebiet durchaus Erfolge aufzuweisen. Seit 1991 hat es zahlreiche gemeinsame Aktivitäten der Politik und der Kassen gegeben. So ist die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen von 84% im Jahre 1999 auf 89,2% im Jahre 2004 gestiegen, wie man den statistischen Erhebungen der Einschulungsuntersuchungen entnehmen kann.

Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsentschließung für eine höhere Verbindlichkeit von Früherkennungsuntersuchungen im Sinne des Kindeswohles eingebracht.

Was uns in Schleswig-Holstein noch fehlt ist eine Handlungskonzept, dass so schnell wie möglich erarbeitet werden muss.

Das Angebot ist bereits groß, es muss noch an den Mann, die Frau gebracht werden.

Was wir aber nicht gesetzlich verordnen können, auch nicht mit einer Änderung der Landesverfassung, ist Zivilcourage in der Gesellschaft. Solange Nachbarn, Bekannte, Freunde und Behörden wegschauen werden wir immer wieder zu spät kommen.